

Von der Vorschulpädagogik über die Gesamtschule bis zur Erwachsenenbildung

Die GEW entwirft ein modernes Bildungssystem

Lange bevor die Bildungsmisere in unserem Lande durch die publikumswirksame Öffentlichkeitsarbeit der Professoren *Picht* und *Dahrendorf* sowie der Bildungspolitiklerin Frau *Hamm-Brücher* allgemein publik wurde, hat die DGB-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bereits Konzeptionen eines zeitgerechten und zukunftsorientierten Bildungssystems vorgelegt. Mit ihrem *Bremer Plan* erarbeitete die GEW schon Ende der fünfziger Jahre einen „Plan zur Neugestaltung des deutschen Bildungswesens“, der noch heute vorbildlich erscheint und auf den Kongressen der GEW 1960 in Bremen und 1962 in Wiesbaden ergänzt und vervollkommen wurde. Bezeichnend für die nüchterne Voraussicht, aus der heraus dieses Bildungskonzept entwickelt wurde, sind die Worte des damaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Professor *Heinrich Rodenstein*:

„Wenn der geistige Haushalt der Nation in Ordnung kommen soll, so müssen die Kultur Ausgaben etwa gleich groß sein wie die Ausgaben für die Verteidigung oder die Sozialpolitik. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß auf den Gebieten der Rüstung und der sozialen Sicherung der Menschen die große Weltpartie zwischen Ost und West zu einem Remis führen könnte. Dann fällt die Entscheidung in den Hörsälen und, den Klassenzimmern, in den Lehrwerkstätten und in den Volkshochschulen. Die Kulturhaushalte sind die Versicherungsprämien gegen den Untergang der Freiheit in der Welt.“

In welchem hohem Maße das in der Tat zutrifft, zeigen auch die in allen Teilen der Welt immer wieder aufflackernden Proteste der Schüler und Studenten. Die Jugend begreift, daß man in den Bildungsinstitutionen nicht den Erfordernissen einer künftigen Gesellschaft Rechnung trägt. Sie begehrt dagegen auf, daß der rapide technologische Fortschritt nicht durch entsprechende gesellschafts- und bildungspolitische Maßnahmen in menschenwürdige und demokratisch orientierte Bahnen gelenkt wird.

Auch dieser Problematik gegenüber zeigt sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aufgeschlossen. Auf dem diesjährigen Kongreß der GEW in Nürnberg (4. bis 8. Juni) wurde mit großer Mehrheit eine Entschliebung angenommen, die das bestätigt:

„Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft begrüßt das Engagement der Jugend für die Weiterentwicklung unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung.“

Für die Protestaktionen werden als Ursache schwerwiegende Strukturfehler von Schulen und Hochschulen erkannt:

„Immer noch werden Schulen und Hochschulen nach obrigkeitlichen Vorstellungen geführt und verwaltet. . . Immer noch gibt es in vielen Schulen und Hochschulen autoritäre Formen in Unterricht und Lehre, Die Bemühungen um politische Bildung unserer Jugend reicht für eine freiheitliche demokratische Ordnung nicht aus. Das gilt insbesondere für den richtigen Gebrauch legaler Mittel zur Meinungs- und Willensbildung und zur politischen Einflußnahme.“

Es wird festgestellt, daß die GEW seit vielen Jahren Mitbestimmung in Schulen, Hochschulen, Verwaltungen und Betrieben fordert ebenso wie mehr Demokratie und Meinungsfreiheit in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen und sich für Frieden und Freiheit überall in der Welt einsetzt:

„Deshalb bekundet sie ihre Sympathie für Aktionen der deutschen Jugend, die sich diesen Zielen widmen.“

Wichtiger aber noch als diese Sympathiekundgebung dürfte für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen die weitgehende Übereinstimmung aller Delegierten bei der Konzeption eines Bildungssystems sein, die von der Vorschulpädagogik über Gesamtschulen als Ganztagschulen bis hin zur Erwachsenenbildung reicht.

I

In Referaten, Diskussionsbeiträgen, Anträgen und Entschließungen entwickelten die 438 Delegierten der GEW in Nürnberg Vorstellungen von einem *Bildungssystem aus einem Guß*, die — falls sie verwirklicht werden — durchaus geeignet sind, der bundesrepublikanischen Bildungsmisere endgültig den Garaus zu machen.

Die Vorschulpädagogik ist beispielsweise eine öffentliche Aufgabe, die zur Zeit noch viel zu gering eingeschätzt wird. Auf dem Kongreß der Lehrer und Erzieher in Nürnberg betonte denn auch der Sozialpädagoge Professor Dr. *Küchenhoff*, daß es dringlich sei, vor allem auf dem Lande Mittelpunktkindergärten zu schaffen: „Das Defizit an Kindergärten ist auf dem Lande noch größer als in der Stadt.“ Und in einem Antrag heißt es zur Vorschulpädagogik:

„Der Kongreß der Lehrer und Erzieher proklamiert die Notwendigkeit einer Vorschulpädagogik als Ergänzung zur Familienerziehung. Er stellt nachdrücklich fest, daß die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Einrichtungen und Maßnahmen nicht ausreichen, um allen Kindern, insbesondere den Kleinkindern, die notwendigen pädagogischen Hilfen für das Hineinwachsen in die heutige Gesellschaft zu geben.“

In Nürnberg wurde von den Pädagogen erkannt, wie wichtig vorschulische Bildung gerade für Kinder aus ländlichen und Arbeiterfamilien ist, um ihnen über die Milieusperren hinweg zu einer weiterführenden Schulbildung zu verhelfen. Vor allem die sprachliche Ausdrucksfähigkeit kann bei einer vorschulischen Bildung, die etwa mit dem 3. Lebensjahr des Kindes einsetzen müßte, ganz wesentlich gefördert werden. Die heute noch bestehenden sprachlichen Barrieren, die viele milieugehemmte Kinder am Besuch weiterführender Schulen hindern, könnten so abgebaut werden. Die Chancengleichheit für das berufliche Weiterkommen, wie sie das Grundgesetz fordert, würde damit ihrer Verwirklichung nähergebracht. Hinzu kommt, auch das wurde in Nürnberg mehrfach hervorgehoben, daß die vorschulische Bildung sich als geeignet erwiesen hat, Sozialverhalten und die Fähigkeit zur Kommunikation von klein auf einzuüben. Bei den heutigen Kleinfamilien erweist sich dies als dringende Notwendigkeit.

II

Sehr eingehend befaßte sich der Kongreß der Lehrer und Erzieher dann mit der Frage der *integrierten Gesamtschule*. Einmütig lehnten die Delegierten der GEW das bei uns noch bestehende dreigliederte Schulsystem (Volksschule, Mittelschule, Gymnasium) als längst überholt ab. Gefordert wurde eine radikale Schulreform, die auch aus den Klassenzimmern die Relikte eines ständisch gegliederten Obrigkeitsstaates des vorigen Jahrhunderts verbannt. In der vom Kongreß angenommenen Entschließung zur Gesamtschule heißt es:

„Unsere heutige Gesellschaft versteht sich als eine Gesellschaft mit einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Wer sie bejaht, muß eine Wandlung der Struktur und des Auftrages unseres Schulwesens gemäß dieser Ordnung fordern ...

Es genügt heute und in der Zukunft nicht mehr, von Zeit zu Zeit das Bildungswesen zu überprüfen und den gewandelten Verhältnissen anzupassen; es darf vielmehr keine starre und

unbewegliche Schulorganisation mehr geben. Gerade das Bemühen, statische Modelle anzustreben, sich mit ihnen zu identifizieren und sie als „bewährt“ zu verteidigen hat dazu geführt, daß der „Modernitätsrückstand“ im Bildungswesen so groß und bedrückend geworden ist.

Der Kongreß fordert daher, daß die Errichtung und Entwicklung von Gesamtschulen in allen Ländern auf breiter Grundlage vorangetrieben wird.

1. Die Gesamtschule ist systematisch aufzubauen. Sie besteht aus
 - a) Einrichtungen für die vorschulische Erziehung
 - b) Grundstufe (Klasse 1—4 oder 1—6) .
 - c) Mittelstufe (Klasse 5—10 oder 7—10)
 - d) Oberstufe (Klasse 11—13)

Wesentliches Kennzeichen der Gesamtschule ist die integrierte Mittelstufe. Es bieten sich Variationen des Grundmodells an, die ermöglichen, eine Gesamtschule den örtlichen Bedingungen anzupassen. Gesamtschulen werden die in sie gesetzten Erwartungen nur erfüllen können, wenn für sie eine eigene didaktische Konzeption entwickelt wird...

2. Als Schritte zur Verwirklichung der Gesamtschule fordern wir:

- a) die Mittelstufe (Sekundarstufe) der Gesamtschule ist vordringlich aufzubauen. In ihr sind die derzeit bestehenden Schulformen zu integrieren; differenzierte Bildungswege sind anzubieten.
- b) Neu zu errichtende Schulen müssen so angelegt sein, daß sie die Möglichkeit zur Integration verschiedener Schulformen bieten. Die Schulbauplanung ist im Hinblick auf die Einführung der Gesamtschule grundlegend zu ändern. Bereits vorhandene Baupläne müssen in diese Änderung einbezogen werden.
- c) Die Kultusministerien und Schulbehörden sollten bei der Planung von Gesamtschulen mit anderen Behörden und anderen Bundesländern zusammenarbeiten.
- d) Für alle Gesamtschulen müssen rechtzeitig Planungsgruppen gebildet werden, in denen Lehrer, die später in diesen Schulen arbeiten sollen, maßgeblich mitarbeiten können ...

3. In der Gesamtschule arbeiten Lehrer aller Schulformen (Schularten) zusammen. Die Lehrerbildung muß auf die Arbeit in Gesamtschulen ausgerichtet werden. Im Studium, im Vorbereitungsdienst und in der Lehrerweiterbildung sind die Lehrer aller Schulformen auf die künftige Arbeit in Gesamtschulen gründlich vorzubereiten.

Der Kongreß fordert, daß Theorie und Praxis der Gesamtschule durch die Einrichtung weiterer Schulversuche in allen Bundesländern auf breiter Grundlage mit Nachdruck entwickelt werden."

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft spricht sich überdies dafür aus, daß die Gesamtschule als Ganztagschule betrieben wird. Entsprechende Versuche hätten bewiesen, daß die Ganztagschule zu Recht den Anspruch erhebt, ein wesentliches Merkmal der Schule der Zukunft zu sein. Darum seien alle Initiativen tatkräftig zu unterstützen, die im Rahmen der Neuordnung unseres Schulwesens die allgemeine Einführung der Ganztagschule zum Ziele haben.

III

Auch Fragen der *Berufsausbildung* wurden auf dem Kongreß der Lehrer und Erzieher behandelt. So nahmen die Delegierten einen Antrag zum Berufsausbildungsgesetz an, in dem die GEW fordert, daß in dem neu zu schaffenden Berufsausbildungsgesetz alle Lehrberufe erfaßt werden; daß nur solche Betriebe als Ausbildungsbetriebe anzuerkennen sind, die über entsprechend vorgebildete und befähigte Ausbilder sowie über die erforderlichen Einrichtungen verfügen; daß die Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Berufsschullehrer in Fragen der Berufsausbildung garantiert wird. Im übrigen begrüßt die GEW, daß der Bundestag initiativ wurde, um eine Neuordnung der Berufs-

ausbildung herbeizuführen. Bei den dazu vorliegenden Gesetzentwürfen wird als besonders aner kennenswert hervorgehoben, daß sie ein zentrales Berufsforschungsinstitut sowie die Möglichkeit des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer vorsehen.

Außerdem setzte sich der Kongreß für die Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern und Berufsschullehrern in den Berufsbildungsausschüssen der Industrie- und Handelskammern ein und dafür, die Beschlußrechte dieser Ausschüsse zu erhöhen. In dem Antrag dazu heißt es klipp und klar:

„Berufsausbildung muß eine öffentliche Aufgabe werden. Der Staat hat die Pflicht, durch eine Rahmengesetzgebung die Voraussetzungen für eine neuzeitliche, zielstrebige und geordnete Ausbildung zu schaffen.

Ausbildungsbetriebe und Schulen müssen in gemeinsamer Verantwortung und unter voller Mitbestimmung der Arbeitnehmer das berufliche Bildungswesen tragen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene Organe mit Beratungs- und Beschlußrechten zu schaffen. Auf Bundesebene muß die Einheitlichkeit der beruflichen Ausbildung, ihre Integration in eine umfassende Gesellschaftspolitik und ihre Abstimmung mit den Interessen aller Beteiligten sichergestellt werden. Dem Bundesausschuß für berufliche Bildung muß als beratende Einrichtung eine Forschungsstelle beigegeben werden.

Auf Landesebene ist die Errichtung von Berufsausbildungsausschüssen insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Abstimmung von betrieblicher und schulischer Ausbildung notwendig.

Auf Bezirksebene sollen Berufsausbildungsausschüsse als praxisnahe Einrichtungen bei konkreten Unzulänglichkeiten kritisch und korrigierend tätig werden. Sie müssen das Recht haben, bindende Beschlüsse zu fassen.“

Diesen Forderungen stehen allerdings starke Hemmnisse entgegen; das unterstrich der neugewählte Vorsitzende der GEW, *Erich Frister*, als er beklagte, daß „die Anpassung unseres noch vom Zunftwesen bestimmten Berufsausbildungssystems an die Bedingungen der heutigen demokratischen Leistungsgesellschaft von den Parteien offensichtlich wegen traditioneller Widerstände bei wählerstarken Interessengruppen nicht vollzogen werden kann.“

IV

Die Erwachsenenbildung wurde auf dem Kongreß vor allem als Teil des Komplexes „Raumordnung und Bildungsplanung“ in die Diskussion einbezogen. Die GEW sieht es als notwendig an, in den strukturschwachen ländlichen Räumen ebenso wie in den Verdichtungsgebieten leistungsfähige Bildungszentren zu scharfen, die geeignet sind, alle Bildungsinstitutionen — von den vorschulischen bis zu denen der Erwachsenenbildung — in sich zu vereinen. In der Diskussion wurde dabei wiederholt herausgestellt, daß es auch bei der Erwachsenenbildung nicht nur auf Programme für die berufliche Weiterbildung und Umschulungsmaßnahmen ankommen könne, sondern daß diese berufsorientierten Kurse ergänzt werden müssen durch bildungspolitische Maßnahmen, die auch den Erwachsenen helfen, demokratische Verhaltensweisen einzuüben und die Bereitschaft zu stärken zu mitverantwortlicher politischer Arbeit im Gemeinwesen. Professor *Jochimsen* nannte in Nürnberg als wichtige Aufgaben die durch Bildungsbemühungen zu fördern sind:

„1. Orientierung und Information über die Umwelt, damit der einzelne sich in ihr zurechtfindet.

2. Eine Sicherung vor den Wechselfällen des Lebens durch eine Solidarität der Generationen.

3. Entwicklung eines kritischen Bewußtseins von der Unvollkommenheit der gegebenen Verhältnisse.

4. Politische Bildung, um die Entscheidungsträger in den Gemeinden, in den Ländern und, im Bund zu veranlassen, die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen.“

Zur Lage an den Hochschulen, die ja auch dem Bereich der Erwachsenenbildung zuzählen sind, meinte Erich Frister: „Über das Trauerspiel der Hochschul- und Studienreform braucht, seit die Studenten den Vorhang aufgezo-gen haben, nichts weiter gesagt zu werden.“ Die Delegierten beauftragten den Hauptvorstand der GEW, durch eine Sonderkommission, an der die zuständigen Referenten, die Fachgruppe Hochschule und der Ausschuß für junge Lehrer und Erzieher zu beteiligen sind, eine gewerkschaftliche Konzeption zur Studien- und Hochschulreform zu entwickeln.

V

Sehr entschieden setzte sich der Kongreß der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für eine *eigenständige Lehrerbeseoldung* ein. Der Fehlbedarf an Lehrern für Mathematik und Naturwissenschaften sei einzig auf die unzureichende Bezahlung der Lehrkräfte zurückzuführen. Eine Befragung von Studenten naturwissenschaftlich-mathematischer Disziplinen ergab, daß ein hoher Prozentsatz dieser Studierenden bereit ist, den Lehrerberuf zu wählen, wenn die Gehälter denen der freien Wirtschaft entsprechen würden.

Bemängelt wurde in Nürnberg insbesondere, daß der allen anderen Beamten gewährte funktionslose Aufstieg vom Eingangsamt in die nächsthöhere Besoldungsstufe den Lehrern an Volks-, Real- und Sonderschulen, also rund 70 Prozent der deutschen Lehrerschaft, verwehrt wird. Durch eine solche Nivellierung der Lehrergehälter aber stoppe man die Weiterentwicklung der Lehrerausbildung, bremse man den Ausbau des Bildungswesens, verschärfe den Lehrermangel und behindere die Schulreform.

Nach wie vor seien die Lehrer aller Schularten und Schulformen keine Laufbahnbeamten mit echten Beförderungsmöglichkeiten. Da aber nach geltendem Recht alle Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen oder Universitäten ausgebildet werden und einen Vorbereitungsdienst abzuleisten haben, müsse die Ausgangsposition für die Besoldungsgruppe L (Lehrer) eine Besoldungsgruppe sein, die dem Eingangsamt des höheren Dienstes entspricht.

Die Delegierten des Kongresses der GEW billigten den Beschluß des Hauptvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) vom 4. Mai 1968, eine Sonderkommission einzusetzen, die eine neue Konzeption der Lehrerbeseoldung auszuarbeiten hat. Dabei sei von einem wissenschaftlichen Langstudium auszugehen und sicherzustellen, daß die Lehrer das durchschnittliche Lebenseinkommen der Beamten des höheren Verwaltungsdienstes erreichen. Besondere Beachtung solle dabei der Frage der Überleitung von Lehrern mit altem Ausbildungsgang finden.

In einem „Manifest zur Finanzlage des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland“ zeigt die GEW auf, wie die notwendigen finanziellen Mittel für die Bildungsreformen aufgebracht werden können:

„Wenn die von Kultusministerkonferenz und Wissenschaftsrat anerkannten qualitativen Zielvorstellungen erreicht werden sollen, dann müssen die Bildungsausgaben im nächsten Jahrzehnt mindestens verdreifacht werden. Diese Steigerung des Finanzaufkommens zugunsten des Bildungswesens ist möglich. Das Aufkommen aus Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuern steigt stärker als der jeweilige Zuwachs des Volkseinkommens. Die bisherige Politik, dieses Mehraufkommen durch Steuerermäßigungen abzubauen, muß für lange Zeit aufgegeben werden. Eine Erhöhung der an das Vermögen anknüpfenden Steuern und der Abbau fragwürdiger Subventionen muß ins Auge gefaßt werden. Reicht das wachsende Steueraufkommen zur notwendigen Erhöhung der Bildungsausgaben nicht aus, so muß sie durch zweckgebundene öffentliche Verschuldung erreicht werden. Da die zwangsläufige Ausweitung und die erforderliche qualitative Verbesserung des Bildungswesens vor allem eine Expansion der Personalausgaben zur Folge hat, wird auch eine Finanzierung der Ausgaben für den Personalbedarf durch Kredite

GÜNTHER HEYDER

nicht auszuschließen sein. Personalausgaben im Bereich des Bildungswesens haben den Charakter von Investitionsausgaben ...

Die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist unter den Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit und Leistungssteigerung neu zu ordnen. Die jetzige Aufgabenverteilung erfordert vor allem eine Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden und Länder, wenn die Steigerung der Ausgaben für das Bildungswesen gesichert werden soll. Den Gemeinden müssen zur Deckung ihrer Ausgaben Steuern zufließen, die weitgehend konjunkturneutral sind." Denn: „Die Herausforderungen unseres Zeitalters können nur mit einer radikalen Steigerung der Bildungsanstrengungen beantwortet werden."

VI

Die Pädagogen der GEW beschränkten sich in Nürnberg aber nicht auf Appelle an die Vernunft der hierzulande Verantwortlichen. Sie schufen auch die Voraussetzungen dafür, notfalls mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln ihre Forderungen durchsetzen zu können. So beschlossen die Delegierten auf ihrem Nürnberger Kongreß, den Streik als Kampfmittel in die Satzung der GEW aufzunehmen. Sie beauftragten außerdem ihren Hauptvorstand, zu prüfen, welche rechtlichen Voraussetzungen und Bedingungen für die Ausübung des Streikrechts für Lehrer gegeben sind und welche verbandsinternen Folgerungen die Ausübung des Streikrechts durch die GEW — vor allem in bezug auf die Beitragsgestaltung — nach sich ziehen werden.

Auf das starke, zum Teil hysterische Echo, das diese Beschlüsse in der Öffentlichkeit fanden, gab der Vorsitzende der GEW, Erich Frister, schon in Nürnberg eine klärende Antwort:

„Dieser ‚Kongreß der Lehrer und Erzieher‘ hat die Entschlossenheit der Lehrer und Erzieher gezeigt, härter und kämpferischer in der politischen Auseinandersetzung zu werden.

In der Satzung der GEW wurde die Durchführung von Kampfmaßnahmen als Aufgabe der Organisation ausdrücklich verankert. Arbeitsniederlegungen, Streiks werden als Mittel zur Durchsetzung bildungspolitischer Forderungen nicht mehr ausgeschlossen. Es haben sich bereits Stimmen erhoben, die belehrend und warnend auf die Rechtslage verweisen. Wir kennen die Rechtslage auch; so schrecklich eindeutig, wie unsere Kritiker behaupten, ist sie nicht. Wir werden das durch kompetente Juristen untersuchen lassen. Aber für uns sind Kampfmaßnahmen zunächst einmal ein politisches Problem; zunächst ist zu entscheiden, ob und in welcher Sache man Kampfmaßnahmen will. Wir sind überzeugt, daß Ausbau und Reform unseres Bildungswesens über das Bestehen unserer freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung langfristig entscheiden. Dieser Überlegung gebührt bei unseren Entscheidungen Priorität. Und — es gibt keinen geschriebenen oder ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz, daß das Beamtenrecht unwandelbar ist. Im übrigen wünschen wir von den Politikern, daß sie nicht lange über die Frage diskutieren, ob Lehrer streiken dürfen. Sie sollen sich an die Arbeit machen und die Misere des Bildungswesens beseitigen. Sie sollen sich nicht über die Symptome der Krankheit aufregen, sondern dem Übel zu Leibe gehen. Eigentlich dürfte man erwarten, daß sie aus der studentischen Rebellion wenigstens dies gelernt haben.

Die Bundesorganisation der Lehrer und Erzieher wird jedenfalls alle ihre politischen Mittel ausschöpfen, sie will Unruhefaktor sein, denn sie fühlt sich dem Leitbild einer dynamischen freiheitlichen Gesellschaft verpflichtet."

VII

Schon heute darf als sicher gelten, daß der Kongreß der Lehrer und Erzieher 1968 in Nürnberg zu den besonders hervorragenden Gewerkschaftstagen der GEW gehören wird. Das ist nicht zuletzt das Verdienst von Professor *Heinrich Rodenstein*, der als Vorsitzender dieser Gewerkschaft die Vorarbeiten zu diesem Kongreß leitete; aus Altersgründen

kandidierte er nicht mehr. In den acht Jahren, in denen er der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vorstand, war er einer der Wortführer einer progressiven Bildungspolitik, erkannte er, „daß es heute und in der Zukunft nicht mehr genügt, von Zeit zu Zeit das Bildungswesen und die Schulorganisation zu überprüfen und den gewandelten Verhältnissen anzupassen“, sondern daß es sich als notwendig erweist, zur „permanenten Schulreform“ und zu einem „dynamischen Schulwesen“ vorzustoßen. Diese Gedankengänge wurden in viele Anträge und Entschließungen des diesjährigen GEW-Kongresses einbezogen und gaben ihnen zukunftsorientierte Akzente.

Die Delegierten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ernannten Heinrich Rodenstein in Nürnberg einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der GEW. Sie wollen damit, wie es in der Ehrenurkunde heißt, „ein Zeichen ihres Dankes und ihrer Anerkennung setzen für den Kollegen Heinrich Rodenstein, der an dem Wiederaufbau einer wirkungsvollen Organisation der Lehrer und Erzieher nach dem zweiten Weltkrieg entscheidenden Anteil hatte“.

Was jetzt an der wirkungsvollen Repräsentation der Lehrer und Erzieher in der Bundesrepublik Deutschland noch fehlt, ist die Vereinigung der GEW mit dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) zu einer starken Bundesorganisation. Die Würfel werden auf dem Kongreß des BLLV Pfingsten 1969 fallen. Sollten dann die Delegierten des BLLV gegen eine Fusion stimmen, so trennen sich die Wege von GEW und BLLV endgültig. Bisher arbeiteten beide Lehrerorganisationen in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (AGDL) zusammen. Es besteht aber berechnete Hoffnung, daß bei den Delegierten des BLLV die Stimme der Vernunft siegen wird und die Bayerische Lehrerorganisation mit ihren 32 000 Mitgliedern den Weg in die GEW findet; der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, *Wilhelm Ebert*, sprach sich jedenfalls in Nürnberg für eine starke Bundesorganisation aus. Gerade für Bayern, wo bislang noch nicht einmal das 9. Volksschuljahr verwirklicht werden konnte, dürfte denn auch in der Tat zur Durchsetzung einer zeitgemäßen Bildungspolitik der Rückhalt durch eine starke überregionale Gewerkschaft — mit dann etwa 135 000 Mitgliedern — von großer Bedeutung sein. Mit separatistischer Eigenbrödelei wird man den Aufgaben von heute und morgen sicher nicht gerecht werden können.

Denn es ist schon so, wie es Bundeswirtschaftsminister *Karl Schiller* vor dem Kongreß der GEW formulierte: „Wenn die Quellen der Bildung den Strom der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr ausreichend speisen, dann versickert der Fortschritt und der Strom der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt. Und dann beginnt die Gesellschaft zu stagnieren.“ Das sollten die Delegierten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnen Verbandes bedenken, wenn sie Pfingsten 1969 über den Zusammenschluß mit der GEW abzustimmen haben.

Größer als die Verhältnisse muß unsere Kraft sein, unter diesen Verhältnissen Menschen zu werden, die die Zeit verstehen und der Zeit gewachsen sind.

Albert Schweitzer